



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

die Gestaltung des Kammerbeitrags, hatte, wie wir berichteten, in der Vertreterversammlung, im Haushaltsausschuss und Vorstand kontroverse und differenzierende Diskussionen ausgelöst. Die Vertreterversammlung fasste nach Anregung des Haushaltsausschusses und des Vorstandes den Beschluss, dass eine Kommission hierzu eine Umfrage unter den Kammermitgliedern durchführt und hierfür die zur Diskussion stehenden Beitrags Modelle darstellt. Das Ergebnis dieser Umfrage wird in die weiterführende Diskussion einbezogen und wurde auf der Kammerhomepage (www.lpk-bw.de) veröffentlicht. Die Vertreterversammlung hat die Aufgabe, im Oktober über die endgültige Gestaltung des Kammerbeitrags zu beschließen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Kammermitgliedern bedanken, die uns ihre Rückmeldung zur Umfrage zugeschickt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ende Februar hatten wir Ihnen den damaligen Kammer-Newsletter zugeschickt, in dem der neue Kammerbeitrag angekündigt und die Überarbeitung der Beitragsordnung dargestellt wurde. Die Kammer erhielt hierzu zahlreiche Rückmeldungen, kritische Kommentierungen und Rückfragen. Auf der Kammerhomepage und im neuen Kammernewsletter werden wir diese Kommentare nach Zustimmung der Autoren i. S. von Leserbriefen zusammen mit unseren Antworten oder Anmerkungen veröffentlichen und zur weiteren Diskussion stellen. Wir laden Sie alle zu weiterer kritischer Diskussion der Kammerarbeit ein und danken den Mitgliedern, die unsere Arbeit so begleiten.

In der letzten Vertreterversammlung wurde Jürgen Pitzing als Nachfolger von Renate Hannak-Zeltner in den Kammervorstand als Rechnungsführer gewählt. Frau Hannak-Zeltner möchten wir für ihr Engagement im Kammervorstand auch an dieser Stelle nochmals danken. Klaus Häberle wurde zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt, Dr. Bernd

Rothenberger zu seinem Stellvertreter. Wir danken beiden, dass sie die Leitung dieses Kammergremiums übernommen haben. Besonderer Dank gilt Ute Steglich, die seit Gründung der Kammer das Amt des Vorsitzes des Haushaltsausschusses wahrgenommen hat und weiterhin im Ausschuss mitarbeiten wird.

Die Zunahme psychischer Erkrankungen, die bei schwerer Ausprägung zu Krankenschreibung oder längerfristiger Arbeitsunfähigkeit und Chronifizierung führen, veranlasst die Krankenkassen, die Bedeutung psychotherapeutischer Behandlungen einerseits wertzuschätzen, andererseits wird die Wirkung von Psychotherapie wiederholt kritisch hinterfragt, obwohl immer mehr Studien auf wissenschaftlich hohem Niveau die Wirksamkeit nachweisen. Sowohl auf Bundesebene als auch regional haben die Kammern die Aufgabe, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und gegenüber Krankenkassen immer wieder zu verdeutlichen, dass qualitativ hochwertige Psychotherapie die langfristig beste Hilfe für unsere Patienten ist. Deshalb konnte

die Veröffentlichung der Gmünder Ersatzkasse (GEK) nicht unwidersprochen bleiben, in der eine geringe Wirksamkeit der Psychotherapie unterstellt wurde.

Erfreulich ist, dass die Kammer zunehmend mehr Gehör bei Politikern im Land findet und eingeladen wird, zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Mit dem Landespsychotherapeutentag, der sich dieses Jahr anlässlich des 10. Jahrestages der Verabschiedung des Psychotherapeutengesetzes mit den Perspektiven der Psychotherapie und zukünftigen psychotherapeutischen Versorgung befasst, wenden wir uns an unsere Mitglieder, die Fachöffentlichkeit und die Politik. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie am 5. Juli im Haus der Wirtschaft in Stuttgart zu unserem Landespsychotherapeutentag begrüßen dürften.

Mit den besten Grüßen

*Ihr Kammervorstand
Dietrich Munz, Martin Klett,
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,
Heinz-Jürgen Pitzing*

15. Vertreterversammlung der LPK am 08.03.2008

Nach dem Bericht über die Aktivitäten des Kammervorstandes wurde von einem Mitglied der Vertreterversammlung kritisiert, dass sich die Kammer zu sehr in sozialrechtlichen Angelegenheiten engagieren würde und diese nicht ihre Aufgabe sei. Hierzu erklärte der Kammerpräsident, dass die Kammer es als ihre Aufgabe sieht, bei Anfragen zu prüfen, ob in Verträgen zur integrierten Versorgung oder anderen Verträgen mit Krankenkassen berufsrechtliche Belange berührt sind. Sollten hier Zweifel bestehen, sieht der Kammervorstand seine Aufgabe darin, dies zu klären und im Zweifelsfall mit den Vertragspartnern Kontakt aufzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Vertreterversammlung erhielt der Ausschuss „Ambulante Versorgung“ den Auftrag, auf der Basis der nach dem WSG möglichen Praxismodelle und Kooperationsformen für Psychotherapeuten Informationen zu erarbeiten, inwieweit Kammergesetz sehe und Kammerordnungen, vor allem die Berufsordnung Berücksichtigung finden müssen.

Der Vorstand berichtete nochmals ausführlich über die Unterschlagungen durch

die frühere Buchhalterin. Zwischenzeitlich wurde gerichtlich festgestellt, dass die frühere Buchhalterin in vollem Umfang für die falschen Verfügungen zu haften und diese zurückzahlen hat. In einer ausführlichen und teilweise heftigen Diskussion wurde nochmals die Verantwortung des Kammervorstandes ausführlich erörtert.

Nachwahl für die Rechnungsführung

Nach dem Rücktritt der Rechnungsführerin, Renate Hannak-Zeltener, wurde Jürgen Pitzing als neue Rechnungsführer gewählt. Im Haushaltsausschuss wurde Klaus Häberle zum Vorsitzenden, Dr. Bernd Rothenberger zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ute Steglich bleibt weiterhin Mitglied des Haushaltsausschusses. Der Vorstand dankt Frau Hannak-Zeltner für ihr Engagement. Besonderer Dank gebührt Frau Steglich, die das Amt der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses seit Kammergründung wahrgenommen hat und weiterhin im Ausschuss mitarbeiten wird. Harald Massing danken wir für seine Mitarbeit im Haushaltsausschuss, aus persönlichen Gründen musste er diese beenden.

Beitragsfreie freiwillige Mitgliedschaft der Psychotherapeuten während der Ausbildung

Die Vertreterversammlung bestätigte ihren früheren Beschluss, dass Psychotherapeuten in Ausbildung, die freiwillige Kammermitglieder sind, keinen Kammerbeitrag zu entrichten haben durch eine Änderung der Umlageordnung.

Umfrage zur Umlageordnung

nachdem die notwendige Änderung der Umlageordnung wieder auf der Tagesordnung war, beschloss die Vertreterversammlung nach Vorschlag des Haushaltsausschusses und des Vorstands, eine Kommission zu beauftragen, eine Mitgliederumfrage zu den beiden Umlagemodellen durchzuführen. Das Ergebnis der Umfrage, die Ende April allen Kammermitgliedern zugeht, ist auf der Homepage der Kammer veröffentlicht. Die Umfrage soll für die Vertreterversammlung im Oktober den Delegierten eine Orientierung für ihre Entscheidung geben. Für Ihre Rückmeldungen und Voten bedanken wir uns.

Jürgen Pitzing – als Rechnungsführer neu gewähltes Vorstandsmitglied der LPK

Heinz-Jürgen Pitzing, geb. 1952 in Hamm/Westfalen, ist Psychologischer Psychotherapeut und seit 2006 Mitglied der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg. Er studierte von 1980–1987 Diplompsychologie an der Technischen Universität Berlin. Hans-Jürgen Pitzing ist seit 2000 Leiter der Psychotherapeutischen Ambulanz für Sexualstraftäter im Verein Bewährungshilfe Stuttgart e.V. 1990–2000 war er Leiter von Kliniken und Rehabilitationseinrichtungen für Drogenabhängige in Berlin und Baden-Württemberg, davor als Diplompsychologe in diversen Beratungsstellen in Kinder- und Jugendeinrichtungen in Berlin tätig. Weitere berufliche/therapeutische Qualifikationen: seit 1994 hat er die Anerkennung als Verhaltenstherapeut (DGVT), seit 1995 Anerkennung als Supervisor BDP, seit 1999 die Approbation als Psychologischer Psychotherapeut. 1999 machte er

darüber hinaus den Abschluss „Sozialwirt“ an der FH Esslingen, 2000 folgte die Eintragung in das Arzt(Psychotherapeuten-)register der Kassenärztlichen Vereinigung Nord-Württemberg – Fachkundenachweis Psychologischer Psychotherapeut. Verbandszugehörigkeit: DGVT seit 1984.

Sein Soziales und berufspolitisches Engagement: 1989–1992 Reaktionsmitglied der Fachzeitschrift „Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis (VPP)“ der DGVT in Tübingen, 1991–1994 Vorstand im „Therapieladen – Verein zur sozialen und psychotherapeutischen Betreuung Suchtmittelgefährdeter e.V.“ Berlin. Seit 2001 Mitglied im Ausschuss „Psychotherapeuten in Institutionen“ der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg.

Hans-Jürgen Pitzings Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen Qualitäts-



sicherung, Sozialmanagement; Vernetzung von sozialen Einrichtungen und staatlichen Institutionen, Psychotherapie von Straffälligen und Suchtpatienten.

10 Jahre Psychotherapeutengesetz – Landespsychotherapeutentag zu Perspektiven der Psychotherapie am 05. Juli 2008

PROGRAMM

10 Jahre Psychotherapeutengesetz – Perspektiven der psychotherapeutischen Versorgung

Samstag, 05.07.2007 – Haus der Wirtschaft, 70174 Stuttgart, Willy-Bleicher-Str. 19

- 9.15 **Begrüßung**
Dr. *Dietrich Munz*, Präsident der LPK Baden-Württemberg
- 9.30 **Grußwort**
Dr. *Monika Stolz*, Sozialministerin Baden-Württemberg
- 9.45 **10 Jahre Psychotherapeutengesetz – Rück- und Ausblick**
Dieter Best, Bundesvorsitzender Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Mitglied Beratender Fachausschuss PT
- 10.15 **Ökonomisierung des Gesundheitswesens – Risiken/Chancen für die Psychotherapie**
Dipl.-Psych. *Jürgen Hardt*, Präsident der PTK Hessen
- 10.45 **Diskussion**
- 11.00 **Kaffeepause**
- 11.30 **Podiumsdiskussion „Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung“**
mit *Andreas Vogt* (Techniker Krankenkasse), *Birgit Bender* (Bündnis 90/Die Grünen), *Rudi Bittner* (Kassenärztliche Vereinigung), *Harald Rau* (stationäre psychotherapeutische Versorgung), *Jürgen Doebert* (niedergelassene Psychotherapeuten) und *Jürgen Merz* (Beratungsstellen).
- 13.15 **Mittagspause (Essensmöglichkeit im Haus der Wirtschaft)**
- 14.30 **Workshops 1-9**
W1: Quo vadis Psychotherapeutenausbildung? (Loetz/Ruggaber)
W2: Neue Vertragsformen: Basiswissen und Umsetzung (Wachendorf)
W3: Mediensucht (Göpel)
W4: Frühe Hilfen Modellprojekte Prävention (Böttinger)
W5: Schnittstellen der Versorgung: KJ – Jugendhilfe (Reisch)
W6: Suchtbehandlung als mehrsäuliges Versorgungssystem (Müller-Mohnsen)
W7: Psychotherapie in der Reha – Modelle (Schmucker);
W8: Zulassungsverfahren: Berufs- und Sozialrecht (Santos-Dodt)
W9: Psychotherapeutische Versorgungsforschung (Nübling).
- ca. 16.30 **Ende**

Wie mehrfach berichtet, beschäftigt sich der diesjährige Landespsychotherapeutentag mit dem 10jährigen Bestehen des Psychotherapeutengesetzes (PTG), vor allem mit den aus heutiger Sicht möglichen Zukunftsperspektiven. Eröffnet wird

er von der baden-württembergischen Sozialministerin Monika Stolz. In einem ersten Impulsreferat gibt Dieter Best (Bundesvorsitzender Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Mitglied Beratender Fachausschuss Psychotherapie) einen Rück- und

vor allem Ausblick zum PTG und Jürgen Hardt geht auf die Folgen der zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens und deren Risiken und Chancen für die Psychotherapie ein. Daran anschließend wird sich eine Podiumsdiskussion, durch die der Medizinjournalist Torsten Hoffmann leiten wird. Als Teilnehmer an der Podiumsdiskussion konnten gewonnen werden: Andreas Vogt (Leiter Techniker Krankenkasse Baden-Württemberg), Birgit Bender (Bündnis 90/Die Grünen, MdB, Mitglied im Ausschuss Gesundheit), Rudi Bittner (Kassenärztliche Vereinigung Bayern), Harald Rau (stationäre psychotherapeutische Versorgung), Jürgen Doebert (niedergelassene Psychotherapeuten) und Thomas Merz (Beratungsstellen). Thema der Podiumsdiskussion: „Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung“.

Für den Nachmittag sind darüber hinaus 9 Workshops zu folgenden Themenbereichen vorgesehen: Quo vadis Psychotherapeutenausbildung? (Loetz/Ruggaber); Neue Vertragsformen: Basiswissen und Umsetzung (Wachendorf); Mediensucht (Göpel); Frühe Hilfen Modellprojekte Prävention (Böttinger); Schnittstellen der Versorgung: KJ – Jugendhilfe (Reisch); Suchtbehandlung als mehrsäuliges Versorgungssystem (Müller-Mohnsen); Psychotherapie in der Reha – Modelle (Schmucker); Zulassungsverfahren: Berufs- und Sozialrecht (Santos-Dodt) und Psychotherapeutische Versorgungsforschung (Nübling).

Allen Mitgliedern der LPK Baden-Württemberg ging das Programm auf dem Postweg zu. Sie finden es darüber hinaus zum downloaden auf der Kammerhomepage.

GEK-Report 2007 mit Schwerpunkt ambulante Psychotherapie – Massive Kritik

Ende November 2007 hatte die Gmünder Ersatzkasse (GEK) ihren jährlichen Bericht zur ambulant-ärztlichen Versorgung vorgestellt. Schwerpunkt des so genannten GEK-Reports war in diesem Jahr die psychotherapeutische Versorgung. Die LPK Baden-Württemberg hat hierzu eine Stel-

lungnahme veröffentlicht (zu finden auf der Kammerhomepage www.lpk-bw.de unter Aktuelles vom 4.3.2008 sowie im Newsletter 1/2008; hier Auszüge).

Im GEK-Bericht wurden die Daten von etwa 1,5 Millionen Versicherten der GEK

einer umfassenden Analyse unterzogen. Mit der Auswertung betraut wurde das Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung (ISEG) in Hannover, das von Professor Dr. Friedrich Wilhelm Schwartz, ehemals Mitglied im Sachverständigenrats Gesundheitswesen,

geleitet wird. Unter der Überschrift „Bei Arztbesuchen ist Deutschland Weltmeister – Extremer Anstieg der ambulanten Psychotherapien – Zweifel an ihrer Wirksamkeit“ hebt die GEK in ihrer Presserklärung hervor, dass im Zeitraum von 2000 bis 2006 die Zahl der mit ambulanter Psychotherapie behandelten Patienten um 61% gestiegen sei. Darüber hinaus zeigten die Daten, so die GEK, keine deutlich nachweisbaren positiven Wirkungen von Psychotherapie. Gefordert werden „vertiefende Untersuchungen zur Wirksamkeit von Kurz- und Langzeitpsychotherapie in der alltäglichen Versorgung“.

Der Bericht untersucht im Schwerpunktbereich Psychotherapie vor allem die Inanspruchnahmedaten aller 20–69jährigen Versicherten hinsichtlich medizinischer Leistungen vor und nach erst- und einmaliger Genehmigung einer Psychotherapie. Hauptkriterium für die Abschätzung des Behandlungsergebnisses ist die Quantität der Arztkontakte im Verlauf von 14 Quartalen (5 vor und 9 nach Bewilligung). Die Studie und v.a. die Interpretation der Ergebnisse hat weit reichende, teils heftige Reaktionen, u. a. der Psychotherapeutenverbände (z. B. bwpt, DPTV, vpp) hervorgerufen. Die wichtigsten Kritikpunkte aus Sicht der LPK Baden-Württemberg:

Kritikpunkt Bedarf/Versorgung: der Anstieg von 61% ist marginal. Der Anteil der GEK-Versicherten mit Psychotherapie stieg von 0,55 auf 0,88%. Dies bedeutet, dass nur knapp ein 1/10 der psychisch kranken Versicherten eine fachlich notwendige psychotherapeutische Behandlung erhält. *Kritikpunkt Kurztherapien:* der Bericht untersucht v.a. Kurztherapien (max. 25 Stunden). Dies entspricht nicht der Versorgungssituation in der 25-stündige Kurztherapien eher die Ausnahme darstellen. Es muss u. a. infrage gestellt werden, welche Effekte von solchen kurzen Therapien überhaupt erwartet werden können. *Kritikpunkt unzureichende Vergleichsgruppe:* es werden keine Patienten mit der gleichen krisenhaften Zuspitzung herangezogen und es wird nicht diskutiert, wie der Verlauf der PT-Patienten ohne Intervention aussehen würde. *Kritikpunkt Berücksichtigung Ergebnisse der Psychotherapieforschung:* die Befundlage aus über 50 Jahren Psychotherapieforschung wird schlicht ignoriert. *Kritikpunkt Stichprobe:* obwohl die GEK nur ca. 2% der Bevölkerung versichert, schließt der Bericht auf die bundesdeutsche Bevölkerung. Es werden keine Repräsentativitätsanalysen durchgeführt. *Kritikpunkt Ergebniskriterium:* die Studie verwendet v.a. ein einziges Ergebniskriterium. Andere Ergebniskriterien, weder weitere gesundheitsökonomische noch störungs- bzw.

klinisch relevante werden nicht einbezogen, die Kriterienproblematik nicht einmal diskutiert. *Kritikpunkt Gesundheitsökonomie:* vorliegende gesundheitsökonomische Analysen weisen für Psychotherapie auf ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis bzw. einen hohen „Return of Investment“ hin, d. h. es besteht ein erheblicher gesundheitsökonomischer Nutzen. Dies wird im GEK-Bericht nicht zu Kenntnis genommen. *Kritikpunkt Opportunitätskosten bei Nicht- oder Falschbehandlung:* es ist bekannt, dass im Verlauf psychischer Erkrankungen somatische Fehlbehandlungen eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die mittlere Chronifizierungsdauer bis eine psychische Erkrankung erkannt und adäquat behandelt werden kann, beträgt nach wie vor 5–7 Jahre. Dabei erhält nur ein kleiner Teil der Bedürftigen eine geeignete psychotherapeutische Behandlung. Europaweit muss mit ca. 300 Mrd. Euro gesellschaftliche Gesamtkosten für psychische Erkrankungen ausgegangen werden, was darauf hinweist, in welchen Dimensionen sich Opportunitätskosten bewegen können.

Ausdrücklich unterstützt wird von der LPK die Auffassung des GEK-Reports, dass eine fundierte und umfangreiche Versorgungsforschung auch im Bereich der Psychotherapie auf den Weg zu bringen ist.

Jugendliches Komatrinken – Landtagsanhörung – SWR1-Interview mit Martin Klett

Mitte Februar wurde von der CDU Landtagsfraktion Baden-Württemberg ein Expertenhearing zum Thema Jugendalkoholismus – insbesondere zu dessen Einschränkungsmöglichkeiten durch nächtliche Alkoholverkaufsverbote an Tankstellen – durchgeführt, zu der auch die LPK geladen war. Die Kammer wurde dabei durch Vizepräsident Martin Klett, in Freiburg praktizierender analytischer Kinder- und Jugendlichentherapeut, vertreten. Die Anhörung hatte ein großes Presseecho zur Folge, wie Sie den Meldungen in der regionalen Tagespresse entnehmen konnten. Im Radio wurde u. a. auch eine Sendung des SWR ausgestrahlt, zu der auch Martin Klett interviewt wurde. Den Wortlaut des in Auszügen gesendeten Interviews finden Sie im Kammernewsletter 01/2008, auf der Kammerhomepage können Sie darüber hinaus auch die Sen-

dung im mp3-Format herunterladen. Dort finden Sie zudem auch weitere Infos und Presseberichte zur Anhörung.

Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
Mo–Do 9.00–12.00, 13.00–15.30 Uhr
Tel. 0711 / 674470 – 0
Fax 0711 / 674470 – 15
info@lpk-bw.de; www.lpk-bw.de